

Antrag SPD und CDU Umsetzung wiederkehrende Straßenausbaubeiträge 28.10.2020

Dieser gemeinsame Antrag der SPD und CDU wundert uns doch sehr, vor allem, dass die CDU diesen Antrag mitträgt.

Hierzu der geschichtliche Ablauf der Politik in Rheinland-Pfalz in Bezug zu den Straßenausbaubeiträgen.

Zunächst hatte die AfD am 24.10.2018 im Landtag mit Gesetzesvorlage gefordert die Straßenausbaubeiträge gänzlich abzuschaffen. Nach Beratung in den Ausschüssen wurde das Gesetz, wie immer, von allen Fraktionen am 31.01.2019 im Landtag, wie üblich, abgelehnt, obwohl bekannt war, dass sowohl die CDU wie auch die FDP ebenfalls für die Abschaffung waren. Hier hat mal wieder nicht die Demokratie gesiegt sondern allein die Tatsache, dass aus Prinzip Anträge der AfD generell abgelehnt werden sollen.

Am 21.März 2019 legt die CDU dazu einen, gegenüber der AfD leicht modulierten Gesetzesentwurf, vor, der zunächst auch in die zuständigen Ausschüsse verwiesen wurde.

Am 20.05.2019 stellt die Landtagsfraktion der CDU sogar einen Werbefilm über die Abschaffung ins Netz.

Am 18 September 2019 wird das Gesetz dann im Parlament mit den Stimmen der Ampelkoalition abgelehnt, obwohl sich die FDP auf ihrem Landesparteitag im Oktober 2018 ebenfalls für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen hatte. Auch hier Fehlanzeige von Demokratie sondern Durchsetzung des Koalitionszwanges. Parteitagebeschlüsse haben für die FDP keine Bedeutung, wenn die Koalitionspartner das nicht wollen.

Auch im Januar 2020 bleibt die CDU bei ihrer Meinung, dass die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen sind.

Im Landtag am 04.02.2020 hat nun die Ampelkoalition in den Landtag eingebracht, dass zwar die Einmalbeiträge abgeschafft werden, aber durch wiederkehrende Beiträge zu ersetzen sind. Dies wird dann auch letztendlich im Landtag beschlossen und das Gesetz gilt dann ab 01.01.2024.

Und nun der letzte Punkt meiner Geschichtsstunde:

Am 23.02.2020 erklärt der Fraktionschef und Spitzenkandidat Christian Baldauf für die nächste Landtagswahl in einem Interview: ich zitiere:

Die CDU hat die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zugesichert, und sie hält dieses Versprechen. Den Anteil, für den die Rheinland-Pfälzer nach unserem Wahlsieg nicht mehr aufkommen müssen, finanzieren wir aus der Landeskasse. Die Kommunen behalten die Planungshoheit.

Wie wir alle wissen ist die Wahl zum nächsten Landtag bereits in 5 Monaten passe. Ein Wahlsieg der CDU wird derzeit vorausgesagt und die Chancen, dass es einen Ministerpräsidenten der CDU geben wird ist sehr groß.

Warum sollen wir uns jetzt mit diesem Antrag befassen, der schon in einem halben Jahr keinen Bestand mehr haben dürfte. Vor allem wird bei der Annahme des Antrags eine Welle von Kosten und Personalressourcen losgetreten, die sich im Nachhinein als sinnlos erweisen könnten.

Im Gegensatz zu der hiesigen CDU glauben wir an den Machtwechsel in Mainz und das Versprechen von Christian Baldauf. Mit unserer Zustimmung für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträgen kann er rechnen, auch wenn er das nicht will. Aber es geht hier um die Bürger von Worms und ganz Rheinland-Pfalz und nicht um einzelne Parteistimmen.

Wir lehnen den Antrag ab.